

0 3226

BSU

000178

12/2

Gedächtnisprotokoll über die Beratung des Genossen
 Generaloberst Mittig am 26.09.1989 mit den Stellvertretern
Operativ und Leitern der Abteilung XX

Das Anliegen der Beratung besteht darin, die aktuelle Lage zu beurteilen und die notwendigen Aufgaben abzuleiten.

Hauptsächlich geht es um die Einleitung von Maßnahmen gegen die Herausbildung des "Neuen Forum" (NF) und anderer oppositioneller Zusammenschlüsse zur Schaffung einer oppositionellen Sammelbewegung entschieden entgegenzuwirken und gegen die Schaffung einer Massenbasis, insbesondere unter der Arbeiterklasse, unter den befreundeten Parteien und anderen berufsspezifischen Personengruppen und Organisationsstrukturen der sozialistischen Gesellschaft zu unterwandern und zu mißbrauchen. Es geht um die Verhinderung des Mißbrauchs öffentlicher Veranstaltungen der Gesellschaft durch Verlesen des Aufrufs des NF sowie der Unterschriftensammlung. Das Ziel dieses NF besteht darin, insbesondere Personenkreise aus den Bereichen Kunst- und Kultur, der Intelligenz, der Jugend und der ASTA zu gewinnen bzw. einzubeziehen. Es steht die grundsätzliche Aufgabe, eine DDR-weite Sammlungsbewegung zu verhindern, einschließlich einer möglichen Vernetzung mit oppositionellen Gruppen anderer sozialistischer Länder.

Das Vorgehen der inneren und äußeren Feinde hat eine neue Qualität erreicht. Z. B., Am 25.09.1989 waren erneut in Leipzig feindlich-negative Personen wirksam. In der Nikolai-kirche waren 2000 und auf dem Platz davor nochmals 1000 Personen zusammengekommen.

Handwritten notes:
 Mißbrauch
 von P. 7. 7. 7.
 gibt es
 nicht
 12/2

Durch zwei namentlich bekannte Pfarrer wurden Hetzreden gehalten. Die Sicherheitskräfte wurden diskreditiert. Von den Teilnehmern dieser Veranstaltung wurden demagogisch Losungen gerufen wie Freiheit und Brüderlichkeit bis hin zum Mißbrauch der Internationalen. Dort wurde für das NF geworben und die Zulassung gefordert. Während der Veranstaltung wurde eine ausgesprochen aggressive Atmosphäre geschaffen, unter provokanter Einbindung der erfolgten Festnahmen eine Suche der Konfrontation mit den Sicherungskräften war festzustellen. Es ist gelungen, durch Absperrren der Innenstadt das anwesende ZDF in diesem Raum nicht zuzulassen. Wie soll es nun weitergehen. Der Genosse Mittig erinnerte mit Nachdruck an die durch den Gen. Minister wiederholt gestellten zwei grundsätzlichen Forderungen.

1. IST EINE verstärkte agenturische und OV-Arbeit in den relevanten Strukturen, den Personenzusammenschlüssen, den ÄSTA und unter der Jugend als erste und wichtigste Forderung zu nennen. Es geht nicht um die operative Arbeit schlechthin, sondern sie muß angelegt sein auf die Erarbeitung von Beweisen hinsichtlich der Verletzung von Straftatbeständen und die negativ-feindlichen aggressiven Elemente sind auf dieser Grundlage zu inhaftieren. Es ist grundsätzlich zu entscheiden, wer kann inhaftiert werden, wer kann übersiedelt werden. Die Veranstaltung in der Nikolaikirche in Leipzig ist keine Leipziger Angelegenheit, sondern geht uns alle an. Zur Zeit ist in Leipzig für das Wirken der Feinde offensichtlich der günstigste Boden und das größte organisatorische Potential. Wir müssen ständig eine hohe Wachsamkeit an den Tag legen und damit rechnen, daß gegnerische Kräfte gleiches in

0242

BStU

000180

3

anderen Bezirken zu organisieren versuchen, zumal die derzeitige Stimmung unter der Bevölkerung ausreicht, für die Teilsympathie dieser Kräfte. Es ist naiv, damit zu rechnen, daß wir diese Situation von heute auf morgen beseitigen könnten, im Gegenteil, wir müssen ständig überall mit derartigen Aktivitäten rechnen.

2. geht es um die Dislozierung des Einsatzes der Sicherungskräfte des MfS, der VP, der Kampfgruppen und der gesellschaftlichen Kräfte. Im Ergebnis einer qualifizierten IM- und OV-Arbeit kann der Einsatz nur so effektiv gestaltet sein, wie operativ gesicherte Informationen über feindliche Absichten vorliegen. Bei diesen Feinden handelt es sich teilweise um Profis, die unsere Strategie und Taktik bestens kennen. Beim Einsatz der Sicherungskräfte müssen natürlich die individuellen Besonderheiten der jeweiligen Stadt, wie z. B. Leipzig, berücksichtigt werden.

Hierzu muß gesagt werden, daß

24 BSU

Die Inhalte der Plattformen und ihre Wirksamkeit gehen ^{über} ~~zur~~ ^{den} ~~PI~~ ^{Personen} ~~Zeit~~ ^{des} ~~weit~~ ^{das} ~~über~~ ^{Personen} ~~alles~~ ^{gehend} ~~bisherige~~ ^{haben} ~~hinaus~~. Die in den ~~PI~~ ^{genannten} ~~Zahlen~~ ^{von} ~~Personenzusammenschlüssen~~ ^{Personenzusammenschlüssen} in der DDR (~~bzw. Personen?~~ ^{Personen?}) sind heute nicht mehr aktuell. Heute müssen wir mit

neuen Dimensionen rechnen. Die Unterschriftensammlungen wirken

motivierend. Es ist einzuschätzen, daß es den feindlich-nega- ^{psychologischen Wirkungen} ~~tiven~~ ^{zu erreichen} ~~Personenzusammenschlüssen~~ doch gelungen ist, ~~eine~~ ^{eine} beacht-

liche Anzahl von Menschen zu aktivieren, insbesondere unter

dem Aspekt der Ökologie, der Volksbildung, der Philosophie ^{u. a. m.}

~~usw.~~

BSW/2
000182

Es ist ihnen gelungen, in einer relativ kurzen Zeit ein großes Potential von Menschen zu beeinflussen.

Nach wie vor steht die Forderung, durch Informationen an die SED-Bezirksleitungen und Kreisleitungen den weiteren Einsatz der gesellschaftlichen Kräfte zu organisieren, das heißt, die geeigneten gesellschaftlichen Kräfte mit dem Ziel einzusetzen, eine gleiche organisierende und kontinuierliche Wirkung bei den feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen zu erreichen. Wir müssen weg vom Aktionscharakter und mehr Kontinuität erreichen. Eine hohe Zahl ist nicht entscheidend, sondern die Qualität, d. h., es sind konkrete Kader auszuwählen und mit entsprechenden Informationen auszurüsten.

Nach Ablehnung der Bildung des NF durch das MdI ist eine Zunahme von Initiativen und Aktivitäten festzustellen. Die Absicht besteht darin, bis zum 07.10.1989 vollendete Tatsachen zu schaffen. Es besteht die Aufgabe, der Feststellung von weiteren Unterschriftssammlungen. Eppelmann u.a. beabsichtigen, eine Zusammenführung insgesamt zu einer einheitlichen legalen Opposition zu erreichen und mit Berufung auf die Verfassung der DDR setzen sie unvermindert ihre Aktivitäten fort. In 8 Bezirken erfolgten bisher Anmeldungen des NF.. Sie betrachten sich nicht als verfassungsfeindlich und machen unverfroren weiter. Sie wollen sich an DDR-Gerichte wenden. Die weitere Berichterstattung besteht über die Westmedien. Es besteht die Absicht, ein zentrales Büro einzurichten, eine zentrale Kartei anzulegen und es besteht das Ziel, bis Ende 1989 10.000 Unterschriften zu sammeln.

Sie wollen in allen Bezirken sogenannte Bezirksverantwortliche für das NF bilden. Es geht ihnen um die Weiterverbreitung des Aufrufes und um die Fortsetzung von Unterschriftensammlungen. Dabei einbezogen werden Unterhaltungskünstler, Kulturveranstaltungen bis hin zu Unterschriftssammlungen in Wohngebieten. Am 02.10.1989 ist ein territoriales Treffen von Unterzeichnern geplant.

SPD-Meckel u.a. beabsichtigt 500 hierfür Interessenten zu gewinnen. Dazu wurde heute die Vorbereitung abgeschlossen. Am 07.10.1989 wollen sie in Potsdam die SPD gründen. Die Herstellung von 2000 Exemplaren ihrer Erklärung ist vorgesehen.

Demokratischer Aufbruch Die Bildung wird weiter fortgesetzt. Am 01.10.1989 ist in der Berliner Samarita-Gemeinde ein Treffen durch Eppelmann vorgesehen, um die Vereinigung fortzusetzen und am 07.10.1989 die Bildung des DA vorzunehmen. Dazu hat der Pfarrer Richter aus Erfurt ein entsprechendes Programm erarbeitet.

Demokratische Initiative Hierzu fand am 24.09.1989 in Leipzig in der Markus-Kirche ein Vertretertreffen oppositioneller Gruppen (Bohley) statt. Hier wurden Vorstellungen entwickelt und über die Westmedien verbreitet, eine Dachorganisation zu bilden. Bohley sagt hierzu nein, es sollten einzelne Gruppen selbständig bestehen bleiben. Diese Widersprüche sind operativ zu nutzen. Deswegen bleibt die Bohley ein Feind.

Schuldenfrei
nicht für 7. 10.
am Kirch. Raum
für 2000 Mann
weil Einladungs
wurden

0244

6 BStU
000184

Demokratie jetzt Mitorganisator ist Fischbeck, AdW.

Diese oppositionelle Gruppe wurde durch Bischof Leich befürwortet.

Es gibt zur Zeit keinen einzigen kirchlichen Würdenträger, der sich gegen das NF sowie generell die Opposition ausspricht, im Gegenteil, die kirchlichen Würdenträger stellen ihre kirchlichen Räume bereit, sie leisten Rechtsbeistand und sie solidarisieren sich mit den oppositionellen Kräften. Es ist mit weiteren Initiativen der feindlichen Kräfte zu rechnen.

Der Genosse Mitlig forderte an dieser Stelle, wir müssen noch präziser arbeiten, buchhalterisch jede geringste Kleinigkeit der Aktivitäten feststellen, dokumentieren und dabei insbesondere ihre Dynamik beachten. Es ist eine aktuelle Tagesübersicht aller Aktivitäten durch die HA XX zu gewährleisten. Dazu sind alle entsprechenden Informationen aus den Bezirken der HA XX zu übermitteln. Es ist Schluß zu machen mit dem Unsinn, daß sich manche Leiter eine Informationssperre vorbehalten und dadurch zu treffende Entscheidungen verzögern. Andererseits darf es nicht vorkommen, daß Entscheidungen ohne exakte Grundlage getroffen werden. Jeder Leiter trägt für die Informationsberichte die persönliche volle Verantwortung. In den Informationen muß die Objektivität und eine klare Rechtsposition enthalten sein. Seit 17.09.1989 hängt in der Umweltbibliothek über einen Appell Böhlener Plattform - Vereinigte Linke. Hierüber wurden wir informiert durch das ZDF (heute am 23.09.89).

4 Pfarrer, Mitglied der CDU, aus Weimar haben einen Brief an CDU-Vorstände verschickt. Diese Absender waren bisher progressiv in Erscheinung getreten. Sie stellen jetzt viele Fragen. Man muß sich aktiv mit ihnen auseinandersetzen. Es gab auch Vorstellungen, sie aus der CDU rauszuschmeißen. Wo sollen sie hin. Sie werden doch nur zum NF gedrängt, d. h. es handelt sich hier, und das muß man in den Gesprächen mit ihnen feststellen, ob es sich um Suchende oder um Provokateure handelt. Durch die BRD-Medien erfolgt eine zielgerichtete Informationssammlung und die Instruierung oppositioneller Gruppen. Zu diesem Zweck wurden Videos gefertigt von Vertretern des NF, um sie weit bekannt zu machen. Es gibt verstärkte Aktivitäten des Treffens von Politikern der BRD mit PUT-Kräften der DDR.

Seit Ende August ist eine Zunahme staatsfeindlicher schriftlicher Hetze spürbar. Inhaltlich sind diese ausgerichtet gegen die SED, gegen den Sozialismus bis hin zu Forderungen nach Machtveränderung. Bei den Tätern handelt es sich um negativfeindliche PUT-Organisatoren, um ASTA und andere Einzeltäter. Es sind die notwendigen Leitungsentscheidungen zu treffen, um eine weitere Qualifizierung der Schriftenfahnder, einschließlich der der KD zu erreichen und zum anderen eine aktive operative Bearbeitung solcher Delikte vorzunehmen. Die Speicherung von Schriften sowie die Sicherung von Maschinenschreibproben sind vorbeugend vorzunehmen. Die Aufklärungsquote ist unzureichend und insbesondere unter diesem Aspekt ist zu prüfen, ob Anzahl und Qualität des Schriftenfahnderpotentials ausreichend ist.

Einheit
von
Schriftenfahnder
2.10.4
1.5

0246

BStU

000186

Kunst/Kultur

auszuputzen

Es wurde eine gemeinsame Plattform durch feindliche Kräfte initiiert, die gegen die Partei ausgerichtet ist. Die Resolution wurde durch Krahl (Gruppe Silly) und Bohley erarbeitet. Danach haben diese Unterzeichner sich eindeutig mit den Zielen des NF identifiziert. So erfolgte z. B. in Rathenow (Bez. Potsdam) durch die Sängerin Tamara Danz das Verlesen des NF-Aufrufs. In diesem Zusammenhang wäre es falsch, diese Veranstaltungen zu verbieten. So kann man keine Politik machen. Ständig und immer wieder muß man diesen Leuten über gesellschaftliche Kräfte und durch den Veranstalter Auflagen erteilen. Der Genosse Mittig verwies darauf, daß man durch ein Verbot oder den Abbruch einer Veranstaltung nur Sympathie für die feindlichen Kräfte erzeugt und die Besucher solcher Kulturveranstaltungen zusätzlich verärgert. Hinzu kommt, daß sie so wie so den Inhalt durch die Westmedien bereits kennen. Ähnliche Aktivitäten wie die der Rockmusiker gab es durch Schauspieler, wie zum Beispiel vom DJ durch Jutta Wachowiak sowie auch durch einzelne Schriftsteller, die massive Angriffe gegen die Partei richteten. Eine Resolution wurde in Berlin durch Christa Wolf und in Potsdam durch Helga Schütz verlesen. Derartige Aktivitäten muß man richtig einordnen. Bisher ist es jeweils gelungen, diese Resolutionen mit Stimmenmehrheit abzulehnen. Solche Tendenzen des Mißbrauches der Kunst und Kultur müssen unterbunden werden. Durch sachliche Gespräche mit den Künstlern auf der Grundlage ordentlicher Informationen bis hin zu der Frage, wie mit diesen Leuten bei uns gearbeitet wird.

0247

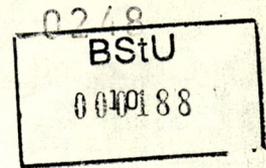
BSU

000187⁹

D. h., wann wird überhaupt mal mit ihnen ein politisches Gespräch durch einen Partner mit ihrem Niveau geführt, zumal gerade diese Personen sich teilweise länger im NSW aufhalten. Das ganze ist natürlich mit Arbeit verbunden.

Im Zusammenhang mit dem Schreiben des Genossen Minister vom 21.09.1989 sind folgende Aufgaben zu lösen.

1. Offensiver Einsatz aller geeigneten inoffiziellen Kräfte und aller nutzbaren gesellschaftlichen Kräfte unter Führung der Kreisleitungen der SED gegen oppositionelle Kräfte, besonders ist der Mißbrauch unter Kunst- und Kulturschaffenden und durch diese aufzudecken und zu unterbinden, d. h., literarisch-künstlerische Veranstaltungen dürfen nicht mißbraucht werden. Die Gefahr ist hier besonders groß, da es sich einerseits in der Regel um populäre Künstler handelt und zum anderen in der Regel eine große Teilnehmeranzahl bei derartigen Veranstaltungen gegeben ist. Derartige Erkenntnisse sind in geeigneter Weise sofort der Partei mitzuteilen und feindliche Aktivitäten sind zurückzudrängen. Die mit diesen Informationen handelnden Personen sind zu qualifizieren. Es muß erreicht werden, daß politisch Schwankende zurückgewonnen und Feinde isoliert werden.



befreundete Parteien/Mediziner

Es gibt zunehmend Aktivitäten, das Parteienbündnis infrage zu stellen und eine Abkehr von bewährter Zusammenarbeit anzustreben. Es gibt politische Kräfte in diesen Parteien, die für oppositionelle Aktivitäten geeignet sind und die diese inspirieren, insbesondere geht es dabei um die LDPD und die CDU. Diesen müssen wir die erforderliche operative Aufmerksamkeit widmen. Die Mitarbeiter der Bezirkes- und Kreisvorstände sind in der Regel stabil. Aber an der Parteibasis gibt es viele Unzufriedene und Veränderungen Fordernde. Es geht darum, das kameradschaftliche Zusammenwirken mit den befreundeten Parteien zu pflegen und das Anwachsen der Unzufriedenheit verhindern. Es ist notwendig, die IM-Basis unter diesen Parteikräften zu stärken mit dem Ziel, die politische Auseinandersetzung mit kritischen Parteimitgliedern durch ihre eigenen Parteimitglieder und auf der Grundlage ihres Parteistatuts durchzuführen. Die Vorgangsarbeit ist auf solche Personen zu konzentrieren, die oppositionelles Verhalten im Zusammenwirken mit PUT-Kräften durchführen.

Gesundheitswesen

Die operative Kontrolle der Vereinigung "Ärzte für den Frieden" ist von besonderer Bedeutung. Sie wollen ihre personelle Basis stärken und sie zur Sammelbewegung nutzen. Inhaltlich beschäftigen sie sich mit Friedenserziehung, mit Problemen der Psyche Feindbild, der Nutzung der Atomenergie und fordern gesellschaftliche Veränderungen. Auch hier gibt es enge Verbindungen zwischen Seidel und Bohley und Unterzeichnern des NF und es hier gleichfalls eine neue Qualität sichtbar geworden.

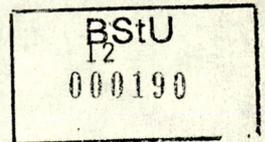
Jugend

Die politisch-operative Arbeit muß helfen, den Prozeß verstärkter Auseinandersetzung zu unterstützen. Schwerpunkte bilden Studenten an den Hochschulen und Universitäten. Hier sind Hinweise über Unmut u. ä. aufzuklären. Die Bekämpfung von Gruppierungen unter Jugendlichen (Skean/Faschos, u.a.) auch wenn sie geringfügig sind, hat noch stärker zu erfolgen. Eine konsequente OV-Arbeit zu allen diesen Gruppen ist notwendig. Dabei ist die Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte nicht zum Gegensatz der OV-Arbeit, sondern zur Unterstützung notwendig, d.h., mittels OV-Arbeit Strafrechtsverletzungen herauszuarbeiten und andererseits Zersetzungsmaßnahmen mittels ideologischer Arbeit durch gesellschaftliche Kräfte unterstützen.

2. methodische Gestaltung der operativen Arbeit

Der Genosse Mittig sagte, er möchte alle Genossen bitten, im folgenden ihre Hauptaufgabe zu sehen:

Wenn wir erfolgreich arbeiten wollen, müssen maximale Anstrengungen zu Schaffung der IM-Basis in den feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen zu unternehmen. z.B. sind wir gezwungen, durch IM erarbeitete Informationen permanent öffentlich zu machen. Dabei kann es zu dieser oder jener Dekonspiration kommen, das wollen wir nicht, aber damit müssen wir rechnen. Davon dürfen wir uns nicht scheuen. Diese Problematik darf uns nicht davon abhalten, IM zu schaffen. Dies ist die Aufgabe Nr. 1, wofür alles zu tun ist, wenn wir weitere Ergebnisse erzielen wollen.



Es geht langfristig um die Verhinderung des Eindringens oppositioneller Kräfte in Teile der Arbeiterklasse, in die Gewerkschaft und in die mittlere Funktionärsebene der SED, einschließlich der Personen mit Profilierungsbestrebungen in den Blockparteien.

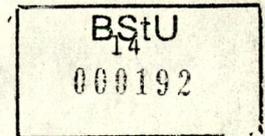
Die Exponenten müssen an ihre Arbeitsplätze gebunden werden. Auf sie muß eine permanente politische Einflußnahme erfolgen und eine ständige Auslastung ihrer Arbeitszeit durch die Erfüllung ihrer Arbeitstätigkeit ist durchzusetzen (z.B. AdW). Es geht um eine ständige gesellschaftliche Einflußnahme sowohl durch Berufskollegen bis hin zum Wohngebiet. Es geht um die Schaffung von Einflußagenturen, die sich permanent mit diesen Personen beschäftigen. Repressivmaßnahmen sollen wir uns sehr wohl überlegen, um eine Märtyrer zu schaffen. Eifersüchteleien der Exponenten sind operativ zu nutzen, und Grabenkämpfe sind zu forcieren. Die Zusammenarbeit mit IM in diesen Personenzusammenschlüssen und insbesondere die Auftragserteilung müssen wir uns sehr gründlich überlegen. Wir dürfen hier kein Hick-Hack zulassen, dann sind die IM bald dahin, d.h., die Zusammenarbeit mit den IM hat perspektivisch und sinnvoll zu erfolgen. Es wäre der größte Fehler zu denken, die Feinde seien Dummköpfe, wer so denkt, muß mit IM-Verlusten rechnen. Die Auftragserteilung an die IM ist keine Ermessensfrage, sondern eine wissenschaftliche Arbeit, die eingepaßt in deren Programm sein muß. Durch die-IM-Arbeit

Wir müssen die Labilität, unterschiedliche Auffassungen nutzen, Entwicklungen vorausschauen, Charaktere beachten und auch ihnen "solides" Denken und andererseits spektakuläre Aktionen zutrauen. Hierbei ist das jeweilige Kräfteverhältnis zu beachten, d.h., es geht darum, mittels IM-Arbeit insbesondere rechtzeitig spektakuläre Absichten aufzudecken, da hier besondere Gefahren bestehen. Mittels IM müssen wir Widersprüche in die Gruppen tragen, Debatten dort kontrovers aktivieren und die Diskussionen mehr auf Strukturfragen lenken. Dabei sind solche Widersprüche herauszuarbeiten und zu nutzen, wie es sich derzeitig zum Beispiel bei der Bohley zeigt. Diese ist einerseits gegen den Sozialismus und für seine Abschaffung, andererseits akzeptiert die B. das NF und damit die Verfassung der DDR.

Inoffiziell erarbeitete Informaitonen können z. B. als Vernehmungsergebnisse genutzt werden (bei Zuführungen). Grundsätzlich ist der IM-Einsatz immer wieder gründlich zu überlegen, die Auftragserteilung und Einsatzrichtung zu bewerten, denn gesellschaftliche Kräfte können IM-Effekte nicht erreichen.

Es besteht des weiteren die Aufgabe, den Zulauf zu den Gruppierungen einzudämmen. Es ist ein ständiger Überblick über die Aktivisten, die Mitläufer und die Multiplikatoren zu gewährleisten, um die Schwerpunktaufgaben und Maßnahmen festzulegen. Im Ergebnis dessen ist ständig die Partei zu informieren und gemeinsame Maßnahmen festzulegen.

0252



Es hat z.B. wenig Sinn, fanatische Feinde zu Kommunisten machen zu wollen. Sie müssen permanent psychologisch unter Druck gesetzt werden, wir müssen sie mürbe machen, ihre Wirkung einschränken und sie von ihrem Umfeld isolieren. Das ist für sie die größte Gefahr, d.h., wir müssen ihr Umfeld kennen, und dort zielgerichtet gesellschaftliche Kräfte einsetzen. Es sind verstärkt Kontrollen in Klubs, Kulturhäusern und Kabaretts durchzuführen, ohne einen Veranstaltungsabbruch zu provozieren. Und es ist eine erhöhte Aufklärungsquote bei den Schmierereien notwendig.

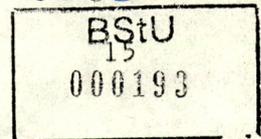
In Vorbereitung und Durchführung des 40. Jahrestages der DDR ist eine schwerpunktmäßige Flächensicherung zu gestalten. Das ist der einzig mögliche Weg, wenn wir bisher die Täter von Schmierereien nicht ermittelt haben, auch wenn hierzu ein großer Kraftaufwand nötig ist.

Es sind Einflußagenturen in Personenzusammenschlüssen einzusetzen, mit dem Ziel, aus Gruppen Grüppchen zu machen, um Zusammenschlüsse in größeren Rahmen zu verhindern. Wenn sie sich in kleineren Kreisen in Wohnungen treffen, ist es wenig öffentlichkeitswirksam, als wenn sie auf Plätzen und in Städten demonstrieren. Man kann nicht alles auf einmal schaffen.

3. Politisierung der Kirche

Die Arbeit mit den Amtsträgern auf allen Ebenen ist zu verstärken, sie ist wiederzubeleben. Die Polarisierung der Kräfte ist zu unserem Ungunsten eingetreten.

0253



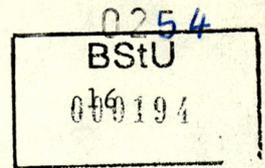
Die Ursachen hierfür liegen auch teilweise in Ungeschicklichkeiten. Es darf kein starrer Zustand bleiben. Wir müssen aus dieser Misere wiederheraus und die Gesprächsbereitschaft bei den loyalen Kräften wieder herstellen.

Die SED-BL und KL müssen auf der Grundlage des Briefes von Gen. Erich Honecker die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Kräfte entsprechend den konkreten Bedingungen vor Ort erhöhen.

Es geht darum, festzustellen, wer ist tatsächlich vor Ort wirksam einzusetzen. Der Einsatz der gesellschaftlichen Kräfte ist heute zur Lebensfrage zu Existenzfrage geworden. D.h., wenn jeder einzelne Kommunist jetzt nicht kämpft, werden wir die Macht verspielen. Manche haben verlernt, zu kämpfen. Es gibt keine andere Möglichkeit, die Macht zu behaupten, außer durch Kampf.

Aufgaben für die BV:

1. Bei Bekanntwerden von Absichten des Treffens von oppositionellen Kräften in Kirchen ist offiziell mit den zuständigen kirchlichen Amtsträgern durch den zuständigen Stellv. Inneres zu sprechen. Es ist die Forderung zu erheben, den politischen Mißbrauch der Kirchen für die Sammlung oppositioneller Kräfte zu unterbinden. (Hinweis auf § 1, Abs. 2 der VVO vom 06.11.1975) Wenn die erteilten Auflagen nicht eingehalten werden, sind rechtliche Maßnahmen möglich (ist ihnen zu sagen).

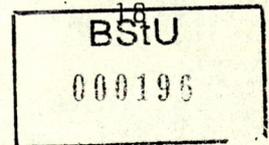


2. Bei Veranstaltungen oppositioneller Gruppierungen sind verstärkt gesellschaftliche Kräfte einzusetzen, vorzubereiten und diese müssen dort vor Ort offensive politische-polemische Diskussionen führen. Gesellschaftliche Kräfte müssen als Zeugen genutzt werden, um sich auch öffentlich zu distanzieren und Organisatoren zu entlarven. Gesellschaftliche Kräfte sind einzusetzen zur Unterbindung feindlich-negativer Aktivitäten in Betrieben, an Hochschulen und Universitäten für die Entlarvung feindlicher Vorgehensweisen und ihrer Inhalte. Gesellschaftliche Kräfte sind einzusetzen für ständige individuelle Gespräche sowohl im Arbeits- als auch im Freizeitbereich als ständiger Prozeß bis hin zur WPO und zum WBA.
3. Es ist ein verstärkter IM-Einsatz und das inoffizielle Durchdringen feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse durchzuführen mit dem Ziel, alle Absichten des Zusammenschlusses im DDR-Maßstab zu unterbinden. Es ist ein differenzierter und abspruchsvoller IM-Einsatz zu gewährleisten.
4. Die DDR-weite Sammlungsbestrebungen sind mittels umfassender Maßnahmen, Dokumentierung und Erfassung konkret zu verhindern. Vorliegende Erkenntnisse sind durch die Abteilungen XX und IX als offiziell auswertbare Informationen aufzubereiten und an die HA XX zu übermitteln.
5. Die persönlichen und individuellen Aussprachen bei Abteilung INneres haben auf der Grundlage des sozialistischen Rechts, einschließlich OWG, konsequent zu erfolgen.

Es geht um die strikte Beachtung beweisrechtlicher und tatbestandsbezogener Handlungen, z.B. gründungsveranstaltungen oder Zusammenrottung. Diese sind gem. §§ 217 und 218 StGB bzw. der VVO zu prüfen. Schriftenverbreitung ist gem. Herabwürdigung strafrechtlich zu prüfen gem. § 220 und 106 StGB. Vervielfältigungen sind gem. Vervielfältigungsverordnung § 4, Abs. 2 OWG gegeben.. Zu Personen, die gem. der vorgenannten Delikte in Erscheinung treten, sind durch die Abt. XX und IX Vorschläge zu geplanten Vorgehensweisen zu erarbeiten und diese der HA IX und HA XX zur Bestätigung vorzulegen.

6. Wo PUT-Kräfte ASTA integrieren als Füllmasse, ist dies wirksam zu verhindern. Dabei sind die Widersprüche herauszuarbeiten und der Differenzierungsprozeß zu forcieren. Zwischen der BKG und der Abt. XX ist eine ständige enge Zusammenarbeit und Abstimmung notwendig. Bei Zusammenwirken von PUT-Kräften mit ASTA sind diese eindeutig zu bestimmen und die ASTA gem. RL 2/88 überzusiedeln. Zu ASTA, die bei der Kirche tätig sind, sind diese insbesondere zu übersiedeln. Die Zusammenarbeit der Abt. XX und der BKG und der HA XX und ZKG ist bedeutend enger zu gestalten. Jede Geheimiskrämerei hat zu unterbleiben.

7. Die inspirierende Rolle der äußeren Feinde, ihr Zusammenwirken mit inneren Feinden ist herauszuarbeiten, einschließlich das Zusammenwirken innerer Feinde mit Bundesparteien sowie mit PUT-Kräften anderer soz. Staaten.



8. Bei Gesprächen mit Kirchenkräften sind diese auf ihre Religionstätigkeit hinzuweisen und ständig zu disziplinieren, um den Mißbrauch zu verhindern.

9. Durch die Stellv. Inneres und die territorialen Bischöfe sind Gespräche über das Verhältnis Staat/Kirche zu führen mit dem Ziel, dieses zu verbessern, inhaltlich auf die konstruktive Klärung von Sachfragen auszurichten, auf die Diakonie usw. und dann zu veröffentlichen.

10. Die Differenzierung innerhalb der Kirche ist unter Nutzung progressiver Personenzusammenschlüsse im kirchlichen Raum wirkungsvoller zu unterstützen. (heute erfolgt die Einweisung der Stellv. Inneres der Räte der Bezirke durch Staatssekretär Löffler zu dieser Problematik.)

Abschließend stelle der Gen. Mittig zusammenfassend nochmals folgende Aufgabe:

Absolute Gewährleistung einer ständige aktuellen Lageeinschätzung, einschließlich der Wirksamkeit unserer Gegenmaßnahmen und eine ständige Informationsübermittlung an den Leiter der HA XX sowie die Einspeicherung aller Informationen gem.

DA 1/80 des Genossen Minister.

Der Leiter der HA XX, Gen. Generalleutnant Kienberg, ergänzte die Ausführungen des Gen. Generaloberst Mittig wie folgt.

Das IM-Potential, die Qualität und Quantität reicht nicht aus. Es ist jetzt eine Bestandsanalyse erforderlich, um den Forderungen des Gen. Mittag zu entsprechen. Wir müssen mit IM-Verlusten rechnen, wir nutzen zu wenig die überörtlichen Einsatzmöglichkeiten der vorhandenen IM. Es sind 3 Kategorien von IM zu schaffen.

1. Schaffung solcher IM, die tief in die Konspiration der Feinde eindringen, um rechtzeitig feindliche Pläne und Absichten herauszuarbeiten. Diese IM sind noch besser zu schützen. Diese IM dürfen keine Führungsrolle übernehmen.
2. Eine solche IM-Kategorie, die die Zersetzungsarbeit leistet, die bestimmte Dinge inszenieren, die verunsichern, die polemisieren und somit Gefahren abwendet, die die Personenzusammenschlüsse abbauen, die den Mitgliedern der Personenzusammenschlüsse ihre Selbstsicherheit nehmen, die zur Zeit besonders stark manifestiert ist. Mit diesen IM müssen wir versuchen, Mitarbeiter der Westmedien auch mal auflaufen zu lassen, diese zu desinformieren.
3. Diese IM müssen eine breite operative Kontrolle des Umfeldes der Feinde durchführen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben über die Größe des Umfeldes. Es gibt zur Zeit bei uns ein großes Potential Unzufriedener, auch ehrlich Denkender und hier müssen wir mittels dieser IM diese Personen aus dem Umfeld der Feinde abwenden.

0258

²⁰
BStU
000193

D. h., wir müssen ein breite Überwachung in allen gesellschaftlichen Bereichen organisieren mit dem Ziel, rechtzeitig Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Diese Aufgabenstellung trifft für alle Dienstseinheiten des MfS zu.

Abschließend verwies der Genosse Generaloberst Mittag nochmals darauf, keine Panik zuzulassen, die Lage sachlich zu beurteilen, die Partei muß kämpfen. Nach vielen Jahren der Ruhe ist dies jetzt besonders notwendig.